



CDU-FRAKTION
LANDSCHAFTSVERSAMMLUNG
RHEINLAND



Die SPD-Fraktion in der
Landschaftsversammlung
Rheinland

Antrag Nr. 15/149

öffentlich

Datum: 24.10.2023
Antragsteller: CDU, SPD

Landesjugendhilfeausschuss	23.11.2023	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	01.12.2023	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	07.12.2023	empfehlender Beschluss
Landschaftsversammlung	13.12.2023	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

Haushalt 2024; Fonds Heimerziehung

Beschlussvorschlag:

1. Der Landschaftsverband Rheinland stellt in Fortführung des Antrags 14/307 erneut Fördermittel zur Verfügung für rheinische Selbsthilfeprojekte ehemaliger Heimkinder und Menschen, die in Psychiatrie und Behindertenhilfe in der Zeit von 1949 bis 1975 Unrecht und Leid erfahren haben. Hierzu werden in den Jahren 2024, 2025 und 2026 jeweils 200.000 Euro (insgesamt 600.000 Euro) bereitgestellt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Förderrichtlinien zu erarbeiten, die der Vertretung zur Beschlussfassung vorgelegt werden.
3. Unabhängig von den in Punkt 1 des Beschlussvorschlages zu beschließenden Mitteln wird die Verwaltung aufgefordert, sich sowohl beim Bund als auch im Land dafür einzusetzen, dass die finanzielle Unterstützung der Selbsthilfeprojekte im Sinne der bisherigen Stiftung fortgesetzt wird.

Ergebnis:

Entsprechend Beschlussvorschlag beschlossen.

Begründung:

Der LVR hat in den vergangenen Jahren in besonderer Weise Verantwortung übernommen für die Menschen, die im Rheinland in Heimen der Jugend- und Behindertenhilfe und in der Psychiatrie Unrecht erfahren haben. Wie bereits im damaligen Antrag 14/307 deutlich gemacht wurde, gibt es eine große Zahl der von diesem Unrecht betroffenen Menschen, die auch heute noch versuchen ihr

Schicksal alleine zu meistern.

Nunmehr sind die Mittel für die betroffenen Menschen nahezu erschöpft, da die Stiftung – wie von Anfang an aufgezeigt – im Jahre 2023 ihre Arbeit beendet hat. Die betroffenen Menschen mit und in ihrem großen Leid, sind aber weiterhin darauf angewiesen, dass sie Unterstützung erfahren, denn auch wenn der Fonds nunmehr beendet ist, so ist für die Menschen in den Communities ihr erschwertes Leben nach wie vor präsent.

In den damaligen Erklärungen zu eben dieser Thematik wurde nahezu von allen Fraktionen die Notwendigkeit der besonderen Unterstützung deutlich zum Ausdruck gebracht.

Die Menschen um die es geht – auch dies wurde in den damaligen Äußerungen der Fraktionen deutlich – wollen aus der Opferhaltung heraustreten und aktiv ihre Zukunft gestalten. In der Form der Selbsthilfe brauchen die Opfer, die dieses Leid und Unrecht erfahren haben, auch weiterhin Unterstützung.

Der Landschaftsverband Rheinland übernimmt Verantwortung für die Opfer, für die Menschen, die im Rheinland in Heimen der Jugend- und Behindertenhilfe und den Psychiatrien misshandelt wurden.

Aus diesem Grunde beantragen wir die im Beschlussentwurf aufgezeigte, weitere finanzielle Unterstützung für die Jahre 2024 bis 2026. In wie weit darüber hinaus Unterstützungen notwendig sein sollten, ist in der neuen Wahlperiode sowohl von Politik als auch Verwaltung zu prüfen.

Frank Boss

Thomas Böll